

10 Jahre Genossenschaftliche Zentralbank

Autor(en): **Weber, Max**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes**

Band (Jahr): **30 (1938)**

Heft 3

PDF erstellt am: **16.05.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-352890>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

GEWERKSCHAFTLICHE RUNDSCHAU

FÜR DIE SCHWEIZ

*Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
Beilage „Bildungsarbeit“, Mitteilungsblatt der Schweiz. Arbeiterbildungszentrale*

No. 3

März 1938

30. Jahrgang

10 Jahre Genossenschaftliche Zentralbank.

Von Max Weber.

Am 31. Dezember 1937 hat die Genossenschaftliche Zentralbank ihr zehntes Geschäftsjahr zurückgelegt. Es rechtfertigt sich bei dieser Gelegenheit, einen kurzen Blick zu werfen auf die Gründung und bisherige Entwicklung dieses Unternehmens.

Seit 1925 beschäftigte man sich im Schweizerischen Gewerkschaftsbund mit der Frage der Errichtung einer Arbeiterbank. Das Beispiel der Arbeiterbanken in Deutschland, Oesterreich und andern Ländern hatte dazu angeregt. Man wollte damit die finanziellen Kräfte der Arbeiterbewegung besser zusammenfassen. Doch wurde beim Studium dieser Frage nicht ausser acht gelassen, dass die Geldgeschäfte der Gewerkschaften einen etwas einseitigen Charakter haben (vorwiegend Geldanlagen für die Versicherungsfonds und vorübergehende Geldaufnahme für Arbeitslosenhilfe), und dass die Kleinheit unseres Landes einer eigenen Bank der Gewerkschaften ohnehin ziemlich enge Grenzen setzen würde. Aus diesen Erwägungen wurde seitens des Gewerkschaftsbundes die Fühlung aufgenommen mit der Genossenschaftsbewegung.

Im Schosse der Konsumgenossenschaften war das Problem der Gründung eines Bankinstitutes in der gleichen Zeit aktuell geworden. Der Verband Schweizerischer Konsumvereine hatte sich schon lange eine eigene Bankabteilung angegliedert, die auch fremde Gelder aufnahm. Allein das war nur eine Verwaltungsabteilung des V. S. K., die daher auf ein enges Tätigkeitsgebiet beschränkt blieb und keine Bankgeschäfte für Dritte besorgte.

Nach längeren Verhandlungen kam es zur Gründung eines genossenschaftlichen Bankunternehmens, an dem sich sowohl die Genossenschaften wie die Gewerkschaften beteiligten. Es trug des-

halb zuerst die Firma « Bank der Genossenschaften und Gewerkschaften ». Am 30. Oktober 1927 fand in Freidorf bei Basel die Gründungsversammlung statt. Da der Verband Schweizerischer Konsumvereine seine Bankabteilung an das neue Institut überleitete und auch vermöge seiner Mittel und seines Geschäftsumfanges über eine grössere finanzielle Leistungsfähigkeit verfügte als die Gewerkschaften, waren der V. S. K. und die ihm angeschlossenen Konsumgenossenschaften von Anfang an stärker beteiligt am Anteilscheinkapital als die Gewerkschaften. Schon nach einem Jahr wurde die Firma abgeändert in « Genossenschaftliche Zentralbank ». Auch wurde durch eine Statutenrevision die Mitgliedschaft in der Genossenschaftlichen Zentralbank prinzipiell jedermann offen gehalten, währenddem sie anfänglich auf Organisationen beschränkt blieb.

Der Sitz der Zentralbank ist Basel, wo sie an der Aeschenvorstadt 67 heute ein zweckentsprechendes eigenes Bankgebäude besitzt. Im Jahre 1929 wurde eine Filiale in Zürich errichtet, für die durch Uebernahme der Depositenabteilung des Lebensmittelvereins Zürich ein Grundstock gelegt wurde. In Bern wird ferner seit Jahren eine Zahlstelle zur Annahme von Einlagegeldern geführt.

Die Entwicklung der Genossenschaftlichen Zentralbank seit der Gründung soll in folgendem mit einigen Zahlen belegt werden:

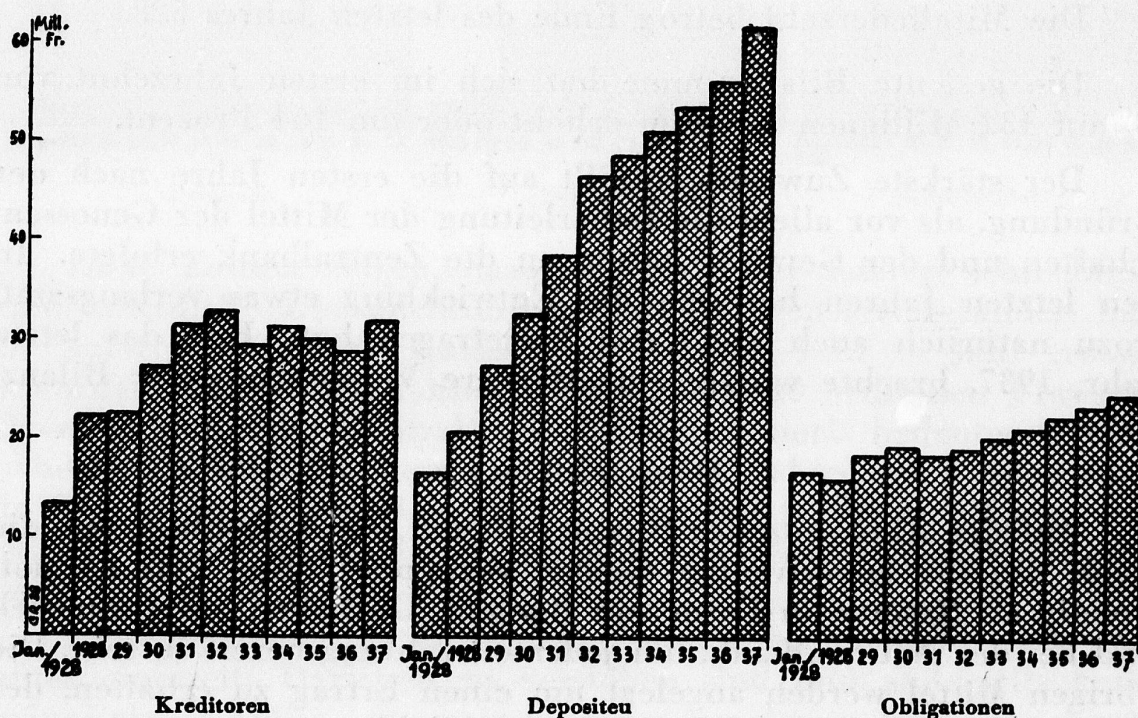
Die Passiven.

Die Haupttätigkeit jeder Bank besteht darin, Gelder entgegenzunehmen und diese anzulegen. Auch die Genossenschaftliche Zentralbank widmet sich vor allem dieser Aufgabe. Nur ist bei ihr das charakteristisch, dass ihr nicht nur Ersparnisse von Privaten, sondern in einem grossen Ausmass Gelder von genossenschaftlichen und gewerkschaftlichen Organisationen zur Verwaltung anvertraut werden.

Die Ueberleitung der Bankabteilung des V. S. K. brachte dem neuen Institut schon einen Grundstock von gegen 50 Millionen Franken, auf denen das weitere Geschäft allmählich aufgebaut wurde.

Die fremden Gelder fliessen den Banken zumeist zu in Form von Depositengeldern, die den Charakter von Spareinlagen haben, ferner von Obligationengeldern (das sind Anlagen, die auf einige Jahre fest gemacht werden) und schliesslich in Form von Kreditorengeldern (Geschäftskapitalien, die von den Einlegern je nach Bedarf abberufen werden können und nach Verwendung wieder an die Bank zurückfliessen). Diese fremden Gelder stellen neben dem Eigenkapital (Anteilscheinkapital und Reserven) und einigen weiteren Posten die sogenannten Passiven der Bank dar. Diese betrugen je auf 31. Dezember:

	Kreditoren	Depositen	Obligationen	Anteilschein-Kapital	Bilanzsumme
	in 1000 Franken			in 1000 Franken	
1927	13,388	16,277	16,607	3,676	50,171
1928	22,341	20,886	16,347	6,542	66,581
1929	22,605	27,339	18,957	6,997	81,423
1930	27,186	32,506	19,554	7,265	91,837
1931	31,555	38,259	18,981	10,026	104,686
1932	32,495	46,389	19,365	10,174	113,964
1933	29,689	48,737	20,559	10,395	116,001
1934	31,636	50,988	21,378	10,468	121,302
1935	30,166	53,734	22,539	10,558	124,200
1936	28,693	56,166	23,707	10,624	125,726
1937	32,094	61,691	24,567	10,799	131,707



Die Kreditorengelder, also die geschäftlichen Anlagen auf kürzere Zeit, haben sich sukzessiv erhöht von 13 auf 32 Millionen Franken. Einen noch wesentlich stärkeren Anstieg erfuhren die Depositengelder, nämlich von 16 auf 62 Millionen Franken. Der Zugang beträgt rund 45 Millionen Franken. Etwas weniger stark ist der Zuwachs bei dem auf mehrere Jahre gebundenen Kapital, das sich der Bank gegen Aushändigung von Kassaobligationen zur Verfügung stellt. Immerhin beträgt er rund 50 Prozent.

Das Genossenschaftskapital betrug bei der Gründung 3,7 Millionen Franken. Es ist dann in den ersten Jahren erheblich erhöht worden, um mit der Entwicklung der Bank Schritt zu halten und beträgt heute rund 11 Millionen Franken. Machten die Anteilscheine anfangs etwa 7 Prozent der ganzen Bilanzsumme aus, so sind es gegenwärtig etwa 8 Prozent. Dieser Anteil ist freilich bedeutend niedriger als bei den Grossbanken. Er entspricht jedoch ungefähr dem Verhältnis bei Sparkassen und Hypothekenbanken,

denen die Genossenschaftliche Zentralbank ihrem Charakter nach eher gleicht als den grossen Handelsbanken mit starkem internationalem Geschäft.

Vom gesamten Anteilscheinkapital entfallen auf	
Verband Schweizerischer Konsumvereine und ihm angeschlossene Organisationen . . .	Fr. 7,785,000.—
Schweizerischer Gewerkschaftsbund und ihm angeschlossene Organisationen	» 2,090,000.—
Andere Genossenschaften und Vereinigungen .	» 212,000.—
Private Mitglieder	» 712,000.—
Total	Fr. 10,799,000.—

Die Mitgliederzahl betrug Ende des letzten Jahres 528.

Die gesamte Bilanzsumme hat sich im ersten Jahrzehnt von 50 auf 132 Millionen Franken erhöht oder um 164 Prozent.

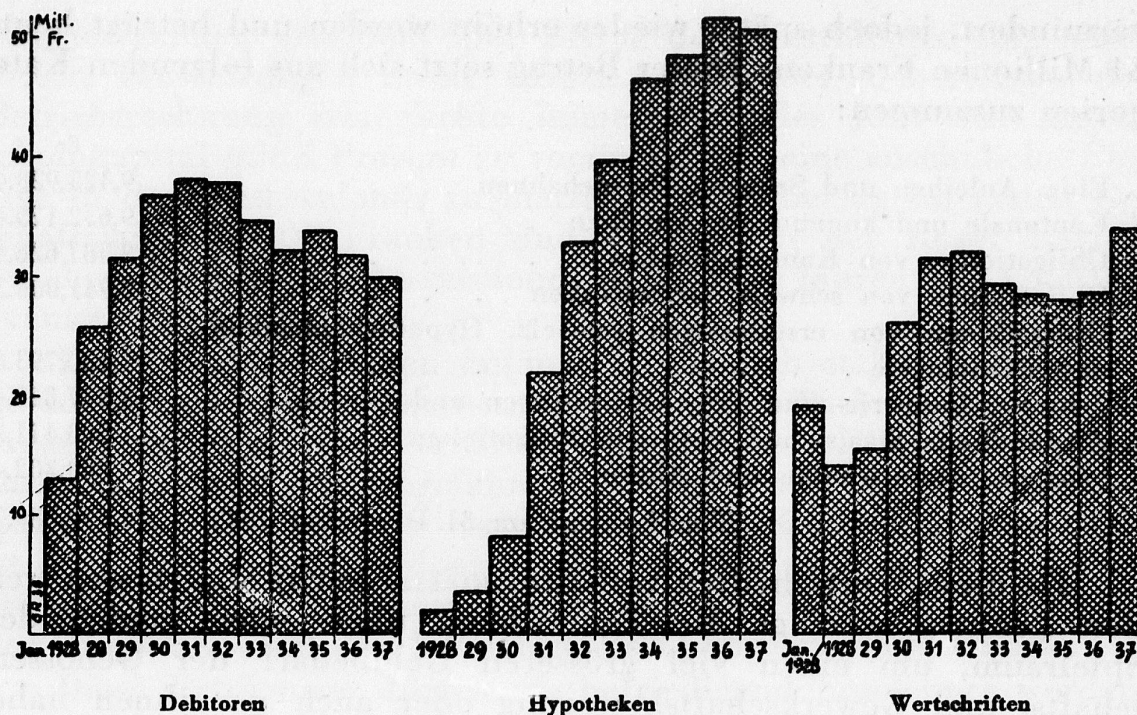
Der stärkste Zuwachs entfällt auf die ersten Jahre nach der Gründung, als vor allem die Ueberleitung der Mittel der Genossenschaften und der Gewerkschaften an die Zentralbank erfolgte. In den letzten Jahren hat sich die Entwicklung etwas verlangsamt, wozu natürlich auch die Krise beigetragen hat. Erst das letzte Jahr, 1937, brachte wieder eine stärkere Vermehrung der Bilanzsumme.

Die Aktiven.

Auf der Aktivseite der Bilanz erhalten wir Aufschluss, wie die Bank die ihr anvertrauten Gelder verwendet. Ein Teil ist notwendig als Reserve in Form von Bargeld, Guthaben auf Postcheck und bei der Nationalbank, um jederzeit zahlungsbereit zu sein. Die übrigen Mittel werden angelegt um einen Ertrag zu erhalten, der gestattet, die fremden und die eigenen Gelder angemessen zu verzinsen.

Die folgende Tabelle orientiert über die wichtigsten Aktivposten in der Bilanz der Genossenschaftlichen Zentralbank.

	Bargeld Postcheck Giroguthaben Coupons	Banken	Wechsel	Debitoren	Hypotheken	Wertschriften
	in 1000 Franken			in 1000 Franken		
1927	826	16,295	675	13,122	—	19,076
1928	1,230	21,009	2,761	25,628	1,853	14,074
1929	1,185	25,491	4,625	31,529	3,325	15,242
1930	1,430	18,567	683	36,897	7,986	26,249
1931	1,919	4,812	6,175	38,254	21,953	31,548
1932	2,356	2,388	6,204	37,882	32,788	32,343
1933	3,248	1,792	7,259	34,726	39,477	29,498
1934	4,724	2,584	7,045	32,462	46,272	28,215
1935	5,685	1,248	7,235	33,964	48,250	27,818
1936	6,252	2,307	5,409	32,001	51,166	28,591
1937	9,565	3,375	4,179	30,072	50,415	34,099



Diese Zahlen zeigen, dass im Laufe der letzten zehn Jahre eine erhebliche Umschichtung in den Anlagen stattgefunden hat. Die sofort verfügbaren Kassamittel sind von Jahr zu Jahr grösser geworden und betrugen Ende 1937 nahezu 10 Millionen Franken. Daneben hatte die Zentralbank anfänglich noch bedeutende Guthaben bei andern Banken, die jedoch stark abgebaut worden sind, da der Ertrag dieser Bankguthaben immer mehr zurückgegangen ist, und da anderseits die eigene Anlagetätigkeit immer mehr und mehr aufgebaut wurde.

Diese eigenen Anlagen bestehen einmal in den Debitoren, worunter einerseits Darlehen zu verstehen sind und anderseits kaufmännische Kredite, die saisonmässig zunehmen und abnehmen können, zum Beispiel Kredite an Genossenschaften zum Einkauf von Waren oder Kredite an Gewerkschaften zur Auszahlung von Arbeitslosenunterstützung. Das Wechselgeschäft, das auch eine Form des Betriebskredites darstellt hat sich stets im Ausmass von einigen Millionen Franken gehalten. Eine bedeutsame Entwicklung hat dagegen das Hypothekengeschäft genommen. Der Bestand der Hypotheken ist von null auf über 50 Millionen Franken angestiegen. Wie im Jahresbericht mitgeteilt wird, entfallen davon 47,2 Millionen oder 94 Prozent auf Hypotheken im ersten Rang und 3,2 Millionen oder 6 Prozent auf zweite Hypotheken. Scheidet man den Hypothekenbestand nach Schuldern aus, so kommt ein Anteil von 20 Millionen oder 40 Prozent auf Privatleute und private Firmen und 30 Millionen oder 60 Prozent auf gemeinwirtschaftliche Unternehmungen, Wohnbaugenossenschaften, Konsumvereine usw.

Der Bestand an Wertschriften war schon bei der Uebernahme der Bankabteilung des V. S. K. recht hoch. Er ist nachher zunächst

vermindert, jedoch später wieder erhöht worden und beträgt heute 34 Millionen Franken. Dieser Betrag setzt sich aus folgenden Kategorien zusammen:

	Fr,
1. Eidg. Anleihen und Schweiz. Bundebahnen	9,425,928.40
2. Kantonale und kommunale Anleihen	9,632,175.45
3. Obligationen von Kantonalbanken	8,387,626.40
4. Obligationen von schweiz. Grossbanken	2,941,003.30
5. Obligationen von erstklassigen schweiz. Hypothekenbanken und Pfandbriefe	1,130,793.40
6. Schweiz. Industrie- und Trust-Obligationen und Diverse . .	1,277,840.45
7. Ausländische Staats- und Industrie-Obligationen	503,411.35
8. Schweiz. Anteilscheine und Aktien	800,302.—
Totalbestand am 31. Dezember 1937	34,099,080.75

Da diese Wertschriften verhältnismässig leicht abgestossen werden könnten, verfügt die Zentralbank über einen genügenden Spielraum, um einen viel grösseren Geldbedarf der Genossenschafts- und Gewerkschaftsbewegung oder auch der ihnen nahestehenden Unternehmungen jederzeit decken zu können.

Die Betriebsergebnisse

waren in den vergangenen zehn Jahren durchwegs befriedigend, wenn auch die kritischen Zeiten nicht ganz ohne Einfluss auf die Betriebsrechnung der Zentralbank waren. Wie sich der Bruttoertrag, die Unkosten und der Reingewinn entwickelt haben, zeigt nachstehende Tabelle:

	Bruttogewinn	Unkosten in Franken	Reingewinn	Reingewinn in % des Anteilschein- kapitals	Unkosten in % der Bilanzsumme
1928	731,352	355,186	376,166	7,7	0,71
1929	902,143	410,038	492,105	7,2	0,61
1930	954,451	394,035	560,416	7,9	0,49
1931	912,573	417,270	495,303	6,6	0,40
1932	1,071,750	403,590	668,160	6,6	0,35
1933	1,136,104	435,559	700,505	6,7	0,38
1934	1,145,889	475,634	670,255	6,4	0,39
1935	1,185,843	540,662	645,181	6,1	0,43
1936	1,284,307	569,803	714,504	6,8	0,45
1937	1,291,399	610,398	681,001	6,4	0,46

Der Bruttogewinn weist mit einziger Ausnahme des Jahres 1931 eine ständige Steigerung auf, doch ging die Zunahme nicht ganz parallel mit der Erhöhung des Anteilscheinkapitals. Im Jahre 1930 wurde der verhältnismässig günstigste Abschluss erzielt; es ergab sich damals ein Reingewinn von 7,9 Prozent des Genossenschaftskapitals. Doch die Genossenschaftliche Zentralbank konnte nur während den ersten drei Jahren ihres Bestehens von einer wirtschaftlichen Hochkonjunktur profitieren. Nachher kamen die Krisenjahre, die insbesondere für das Bankengewerbe grosse

Schwierigkeiten brachten. Der Ertrag der Zentralbank ging unter diesen Einwirkungen etwas zurück. Doch der Ueberschuss der Betriebsrechnung ermöglichte immerhin, jedes Jahr das Anteil-scheinkapital mit 5 Prozent zu verzinsen und eine ansehnliche Ein-lage in den Reservefonds zu machen. Diese betrug im ersten Ge-schäftsjahr 100,000 Franken und nachher in der Regel 150,000 Franken, so dass der Reservefonds nach zehn Jahren auf 1,450,000 Franken angestiegen ist.

Die Unkosten blieben anfänglich ziemlich stabil, sind jedoch in den letzten Jahren, namentlich seit dem Ausbau der Zürcher Filiale, gestiegen. Im Verhältnis zur gesamten Bilanzsumme ma-chen sie jedoch nur ungefähr 0,4 Prozent aus. Diese Unkosten-quoten ist sogar günstiger als diejenige der Kantonalbanken. Das ist dem Umstand zu verdanken, dass die Zentralbank bisher ohne grosses Filialnetz ausgekommen ist und ihre Geschäftstätigkeit in der Hauptsache auf den Betrieb in Basel konzentrieren konnte.

Diese Ertragsnisse dürfen als befriedigend bezeichnet werden. Sie konnten nicht besonders hoch sein, wenn die Bank nicht grosse Risiken eingehen wollte, die dann aber auch Verluste hätten brin-gen können, was manchen Banken zum Verhängnis geworden ist. Die Hauptsache für die Geldgeber ist aber zweifellos eine vorsich-tige und solide Geschäftsgebarung und die Gewissheit, dass die Mittel der Bank in soliden Schweizerwerten angelegt sind, die, wie der Jahresbericht 1937 ausdrücklich feststellt, « gesund sind und nach menschlichem Ermessen keine Risiken bergen sollten ».

*

Die Genossenschaftliche Zentralbank hat als Bank der Ge-nossenschafts- und der Gewerkschaftsbewegung teilweise ähnliche Erfahrungen machen müssen wie andere eigene Betriebe. Es gibt Leute, die an solche Eigenbetriebe grössere Anforderungen stellen als an irgendein privates Geschäft. Sie glauben als Einleger, das genossenschaftliche Institut könne die höchsten Zinse bezahlen; als Schuldner dagegen verlangen sie den niedrigsten Zinssatz, und schliesslich sollte noch ein möglichst hoher Ertrag herauskommen. Der Jahresbericht macht zu diesen Erfahrungen folgende Bemerkung:

« Man vergisst die einfache Erfahrungstatsache, dass die Konditionen von Bank zu Bank aus mannigfaltigen Gründen immer mehr oder weniger grosse Schwankungen aufweisen, was bei derart fundamentalen Verschiebungen, wie sie sich seit einiger Zeit auf dem Geldmarkte abspielen, doppelt eklatant in Erscheinung treten muss, so dass es ganz ausgeschlossen ist, sich sofort überall und in allem anzupassen. So muss auch die Genossenschaftliche Zentralbank jene Zinspolitik betreiben, wie sie sich aus dem Ausbau ihres Geschäftes und nach sorgfältiger Berücksichtigung aller hierbei in Betracht fallenden Faktoren ergibt. Der Schuldner möge nicht übersehen, dass auch der Einleger ein Ge-nossenschafter ist, der mindestens ein so grosses Anrecht auf Wahrung seiner Interessen hat wie er selber. Andererseits sollte aber auch der Einleger verstehen, dass zu seinen Gunsten auch der Debitor nicht überfordert werden darf. »

Die Leitung der Zentralbank hat von Anfang an bewusst darauf hingearbeitet, rasche und schroffe Aenderungen in der Zinspolitik zu vermeiden, aus der wohl sicher richtigen Erwägung heraus, dass für die Gläubiger wie für die Schuldner eine stabile Entwicklung von grossem Wert ist. Glücklicherweise sind die Fälle, wo man ungebührliche Anforderungen an das eigene Unternehmen stellt, nicht die Regel, und im allgemeinen ist das Verständnis für die Notwendigkeit, sich in die allgemeinen Verhältnisse einzufügen, durchaus vorhanden.

Am Schlusse diese Ueberblickes dürfen wir wohl sagen, dass die Genossenschaftliche Zentralbank in den letzten zehn Jahren seit der Gründung sich in Genossenschafts- und Gewerkschaftskreisen grosses Vertrauen erworben hat. Das ist namentlich auch das Verdienst des Direktors, Herrn Küng, der volles Verständnis aufbringt für die Bedürfnisse der Genossenschafts- wie der Gewerkschaftsbewegung, und der es vortrefflich verstanden hat, die Geschäftspolitik der Zentralbank den wirtschaftlichen Veränderungen anzupassen.

Der Reichtum der Schweiz und seine Verteilung.

Von Eugen Steinmann.

Das Eidgenössische Statistische Amt hat in der bundesrätlichen Botschaft zum II. Finanzprogramm (22. Nov. 1935) das schweizerische Volksvermögen für das Jahr 1929 auf 65 Milliarden Franken berechnet. Es ging dabei vom «reinen Kapitaleinkommen» aus, das sich auf 2,6 Milliarden belief. Diesen Ertrag kapitalisierte es mit dem Zinssatz für erstklassige langfristige Anleihen im Durchschnitt der letzten zehn Jahre, d. h. mit 4,5 Prozent, woraus sich ein Kapital von 58 Milliarden ergibt. Dazu wurden noch 7 Milliarden Franken Gebrauchs- und Genussvermögen gezählt.

Wir wollen diese Berechnung nicht näher untersuchen, sondern uns mit der Feststellung begnügen, dass man auf andern methodischen Wegen zu ungefähr derselben Zahl gelangt. Für das Jahr 1934 wurde ein 24prozentiger Rückgang des Kapitaleinkommens ausgewiesen, doch beträgt der reale Vermögensverlust infolge gestiegener Kaufkraft des Geldes (wieder laut Botschaft) nur 7 Prozent, also 4 von den 58 Milliarden. Auch in Franken der erhöhten Kaufkraft ausgedrückt bedeuten die 1,99 Milliarden Kapitaleinkommen des Jahres 1934 nicht den gleichen prozentualen Verlust an Vermögen wie an Einkommen im Vergleich zu 1929, weil inzwischen der Zinsfuss gesunken ist. Wenn man 1929 mit 4,5 Prozent kapitalisierte, darf man 1934 höchstens noch mit 4 Prozent; man erhält somit für 1934 einen Kapitalbetrag von 50 Milliarden